

• BNN

Resolution zur Heroin-Abgabe

Von unserem Redaktionsmitglied

Tina Kampf

Karlsruhe kämpft um den Erhalt der ambulanten Heroinaugabe an Schwerstabhängige: Auf Anregung der SPD-Fraktion verabschiedete der Gemeinderat gestern einstimmig eine Resolution, in der das Land aufgefordert wird, die Einrichtung in der Stadt nicht zu schließen.

Noch vor wenigen Wochen schien diese dauerhaft gesichert, nachdem der Bundestag aus dem einstigen Modell einen Teil der Regelversorgung machte. Nun überlegt jedoch das Land, die Ausgabe des künstlichen Ersatzstoff-



fes künftig nur noch an den psychiatrischen Landeskrankenhäusern zuzulassen, was das Ende für das Karlsruher Angebot bedeuten würde (die BNN berichteten). „Die Lage ist derzeit unübersichtlich“, erklärte gestern Oberbürgermeister Heinz Fenrich. Karlsruhe habe 2002 gemeinsam mit der AWO ein Modell gestartet, das „nachweislich erfolgreich ist“.

Es sei wichtig, Schwerstkranken in der Stadt eine Möglichkeit zu bieten, sie aus der Abhängigkeit herauszuführen. Käme es zu einer Verlagerung in die psychiatrischen Kliniken, würden wohl aufgrund der räumlichen Distanz viele Betroffene nicht mehr erreicht.

Die Zentren müssten deshalb gerade Großstädten und „verdichteten Raumschaften“ zugeordnet werden. „Der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe fordert die Landesregierung und die im Landtag vertretenen Fraktionen auf, die Fortführung und den langfristigen Erhalt“ der Abgabestelle in der Stadt zu gewährleisten, heißt es in der Resolution.

Mit freundlicher Genehmigung der BNN